

Informationen zur

# Tarifpolitik

# WSI

## Tarifpolitischer Halbjahresbericht

### Eine Zwischenbilanz der Lohn- und Gehaltsrunde 2007

von Reinhard Bispinck und WSI-Tarifarchiv

1.	Einleitung .....	1
2.	Ergebnisse im Überblick.....	5
3.	Ausgewählte Tarifrunden .....	6
	3.1 Chemische Industrie.....	6
	3.2 Metallindustrie .....	9
	3.3 Bauhauptgewerbe .....	13
4.	Ausblick .....	16

#### Anhang

Grafik, Tabellen, Übersichten

- Abschlussraten
- Jahresbezogene Erhöhungen
- Grundvergütung und Tarifniveau Ost/West
- Ausgewählte Tarifabschlüsse

Düsseldorf, Juli 2007

Tarifinfos im Internet:  
[www.tarifvertrag.de](http://www.tarifvertrag.de)

Wirtschafts- und  
Sozialwissenschaftliches  
Institut in der  
Hans-Böckler-Stiftung  
(WSI)

Verantwortlich:  
Prof. Dr. Heide Pfarr

Redaktion:  
Dr. Reinhard Bispinck  
WSI-Tarifarchiv

Hans-Böckler-Stiftung  
Hans-Böckler-Str. 39  
40476 Düsseldorf

Tel.: 0211 / 7778-248

Fax: 0211 / 7778-250

E-Mail: [tarifarchiv@wsi.de](mailto:tarifarchiv@wsi.de)

[www.tarifvertrag.de](http://www.tarifvertrag.de)

ISSN 1861 - 1842

Hans **Böckler**  
Stiftung 

## 1. Einleitung

Ein widersprüchliches Bild kennzeichnet die tarifpolitische Entwicklung im ersten Halbjahr 2007. Einerseits gelang den Gewerkschaften die Durchsetzung von Tarifabschlüssen mit deutlichen Reallohnsteigerungen, andererseits sahen sie sich auch mit Forderungen nach tiefen Einschnitten in bestehende Tarifstandards konfrontiert. Die Tarifrunde wurde zu Beginn bestimmt von den Verhandlungen in der chemischen Industrie und in der Metall- und Elektroindustrie. In beiden Branchen konnten die Gewerkschaften an die positive Entwicklung des Vorjahres anknüpfen und Tarifabschlüsse durchsetzen, die den gesamtwirtschaftlichen Verteilungsspielraum weitgehend ausschöpften. Dies schlug sich auch positiv in anderen Tarifabschlüssen nieder.

Allerdings setzte sich dieser Auftakt in den übrigen Wirtschaftsbereichen nicht bruchlos und konfliktfrei fort: In der Bauwirtschaft kam es nach einer Tarifeinigung und einer gescheiterten Schlichtung zu einem regulären Arbeitskampf, bei der Deutschen Bahn AG riefen die Gewerkschaften nach drei ergebnislosen Verhandlungsrunden zu Warnstreiks auf, in der Druckindustrie gelang eine Einigung erst nach umfangreichen Warnstreiks und auch im Einzelhandel verliefen die Verhandlungen begleitet von Warnstreiks sehr zäh. Ein harter Konflikt mit einem mehr als fünfwöchigen Arbeitskampf entwickelte sich um die Tarifbedingungen der Beschäftigten bei der Deutschen Telekom, die in die neu gegründeten T-Service-Gesellschaften ausgelagert werden sollten.

Die ökonomischen **Rahmenbedingungen** der Tarifrunde entwickelten sich sehr positiv. Zu Jahresbeginn konstatierte das Statistische Bundesamt für 2006 ein kräftiges Wachstum von 2,5 %, das den Prognosen der Mehrheit der Forschungsinstitute zufolge in diesem Jahr noch zulegen und auch im nächsten Jahr anhalten soll (vgl. z.B. IMK 2007). Der Arbeitsmarkt belebte sich überraschend stark, die Unternehmensgewinne sprudelten weiter kräftig, so dass sich das Druckpotenzial der Gewerkschaften in dieser Tarifrunde deutlich erhöhte. Unterstützung für die gewerkschaftlichen Forderungen gab es auch im politischen Raum. Nicht nur sozialdemokratische Politiker sprachen sich für kräftige Lohnerhöhungen aus. Seitens der EZB und einiger Institute gab es die erwartbaren Warnungen vor „überzogenen“ Lohnabschlüssen, sie konnten aber die bei den Beschäftigten und in der Öffentlichkeit weit verbreitete Erwartungshaltung, dass nach Jahren mäßiger Lohnabschlüsse nun die Zeit für eine spürbare Reallohnerrhöhung gekommen sei, nicht beeinflussen.

Die **Lohn- und Gehaltsforderungen** der Gewerkschaften fielen in dieser Tarifrunde höher aus als im Vorjahr. An der Spitze stand die Gewerkschaft Transnet mit einer Tarifforderung von 7,0 % für die Beschäftigten der Deutschen Bahn AG. Dies forderte auch die IG Metall für die Schrott- und Recyclingwirtschaft. Für ihre Hauptbranche, die Metall- und Elektroindustrie, forderte sie ein Tarifplus von 6,5 %. Dieselbe Forderung wurde auch in der Holz- und Kunststoffindustrie und im Druckgewerbe aufgestellt. In anderen Branchen blieben die Tarifforderungen mit 4,5 bis 5,5 % zum Teil deutlich

darunter. Die IG BCE verzichtete - wie schon in früheren Jahren - auf eine Bezifferung ihrer Forderung (vgl. Übersicht 1).

**Übersicht 1: Tarifforderungen in der Tarifrunde 2007 in ausgewählten Tarifbereichen**

Bauhauptgewerbe	5,5 %
Chemische Industrie	nicht beziffert
Deutsche Bahn AG	7,0 %, mind. 150 €Mon.
Druckindustrie	6,5 %
Einzelhandel Nordrhein-Westfalen	4,5 %, Mindesteinkommen 1.500 €Mon.
Energiewirtschaft Ost (AVEU)	6,0/6,4 % (ver.di/IG BCE)
Groß- und Außenhandel Nordrhein-Westfalen	6,0 %, mindestens 125 €Mon.
Holz und Kunststoff verarbeitende Industrie	6,5 %
Kfz-Gewerbe Nordrhein-Westfalen	5,0 %
Metallindustrie	6,5 %
Nahrung-Genuss-Gaststätten	4,0 - 5,5 %
Schrott- und Recyclingwirtschaft	7,0 %
Textilindustrie Ost	5,0 %
Versicherungen (Innendienst)	6,5 %
Zeitarbeit (iGZ)	60 €vorweg und 5,0 %

Quelle: WSI-Tarifarchiv

Nach dem Kündigungsterminkalender kam der chemischen Industrie die zeitliche Führungsrolle zu. Hier liefen die Entgelttarifverträge regional unterschiedlich bereits Ende Dezember 2006 sowie Ende Januar und Februar 2007 aus. Die Metallindustrie folgte Ende März, ebenso das Bauhauptgewerbe und die Druckindustrie. Die Abkommen in der Holz- und Kunststoffindustrie sowie im Einzelhandel und im Groß- und Außenhandel liefen überwiegend Ende März und Ende April aus.

Den ersten großen Abschluss gab es am 8.3.2007 in der **chemischen Industrie**. Nach einer Pauschalzahlung von 70 € folgt eine Tarifierhebung um 3,6 % sowie eine zusätzliche Einmalzahlung von 0,7 % eines Monatsentgelts jeweils für 13 Monate (vgl. Punkt 3.1). Rund zwei Monate später, am 4.5.2007, folgte der die Tarifrunde prägende Pilotabschluss in der baden-württembergischen **Metallindustrie**. Er sieht eine Pauschalzahlung von insgesamt 400 € für die beiden ersten Monate (April und Mai) sowie eine Tarifierhebung von 4,1 % ab dem 1.6.2007 vor. Ein Jahr später folgt eine Stufenerhöhung von 1,7 % mit einer Laufzeit bis Ende Oktober 2008. Zusätzlich gibt es für Juni bis Oktober 2008 eine Einmalzahlung von jeweils 0,7 % (vgl. Punkt 3.2).

Auch in anderen Branchen gelangen Abschlüsse mit Erhöhungen von 3 % und mehr: In der **Holz und Kunststoff** verarbeitenden Industrie Westfalen-Lippe konnte die IG Metall nach einer Pauschalzahlung von 300 € für Mai bis Juli eine Tarifierhebung von 3,6 % ab dem 1.8.2007 sowie eine Stufenerhöhung von 2,5 % ab dem 1.9.2008 durchsetzen. Für Juni bis August 2008 gibt es eine zusätzliche Einmalzahlung von 345 €. Die Laufzeit reicht bis Ende April 2009. In der ostdeutschen **Textilindustrie** erhalten die Beschäftigten nach zwei Nullmonaten ab dem 1.6.2007 eine Tarifierhebung von 3,0 % sowie ab dem 1.7.2008 eine Stufenerhöhung von 2,7 % bei einer Laufzeit bis Ende März 2009. In der ostdeutschen **Energie- und Versorgungswirtschaft** vereinbarten IG

BCE und ver.di eine Tarifierhöhung von 3,1 % ab dem 1.4.2007 für eine Laufzeit von 13 Monaten. In der **Druckindustrie** erreichte ver.di nach drei Nullmonaten eine Tarifierhöhung von 3,0 % ab dem 1.7.2007 sowie eine Stufenerhöhung von 2,1 % ab dem 1.7.2008 bei einer Laufzeit bis Ende März 2009. Im **Groß- und Außenhandel** sah der Pilotabschluss in Bayern nach drei Nullmonaten eine Tarifierhöhung von 2,4 % plus 15,50 € monatlich ab dem 1.7.2007 (dies entspricht durchschnittlich 3,25 %) sowie eine Stufenerhöhung von weiteren 2,0 % plus 7,50 € monatlich (durchschnittlich 2,4 %) ab 1.6.2008 bei einer Laufzeit bis zum 31.3.2007 vor.

Weitere Abschlüsse fielen unterschiedlich aus: Im nordrhein-westfälischen **Kfz-Gewerbe** erreichte die IG Metall eine Pauschalzahlung von 50 € für März sowie eine Tarifierhöhung von 2,5 % ab dem 1.4.2007 mit einer Laufzeit bis Ende Februar 2008. Im **Hotel- und Gaststättengewerbe** Bayern erhalten die Beschäftigten nach zwei Nullmonaten eine Tarifierhöhung von 2,2 % ab dem 1.6.2007 bis Ende April 2008.

Im **Bauhauptgewerbe** wurde eine erste Einigung von den ostdeutschen Verbänden nicht akzeptiert. Das Ergebnis der anschließenden Schlichtung wurde von den regionalen Arbeitgeberverbänden des Baugewerbes in Niedersachsen und Schleswig-Holstein gekippt, so dass die IG BAU nach einer erfolgreichen Urabstimmung in diesen Bereichen zum Arbeitskampf aufrief. Nach rund 2 Wochen Streik einigten sich die Tarifparteien Anfang Juli auf die Übernahme des leicht modifizierten Schlichtungsergebnisses (vgl. Punkt 3.3).

Bei der **Deutschen Bahn AG** rief die Tarifgemeinschaft von Transnet und GDBA nach einem mageren Arbeitgeberangebot zu Warnstreiks auf, die Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL) forderte einen gesonderten Spartentarifvertrag für das Fahrpersonal mit Gehaltssteigerungen um bis zu 30 % und bekräftigte diese Forderung ebenfalls mit einem massiven Warnstreik. Am 9.7. einigten sich Transnet/GDBA und die Deutsche Bahn auf eine Pauschalzahlung von 600 € für Juli bis Dezember 2007 und eine Anhebung der Tarife ab dem 1.1.2008 um 4,5 % bei einer Laufzeit bis Ende Januar 2009.

Bei der **Deutschen Telekom AG** musste ver.di deutliche Verschlechterungen bei den Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten in dem neu gegründeten Bereich T-Service akzeptieren: Die Tarifvergütungen werden stufenweise um 6,5 % gesenkt und die Arbeitszeit zugleich von 34 auf 38 Stunden/Woche erhöht. Allerdings erreichte die Gewerkschaft nach langem Arbeitskampf weit reichende finanzielle Absicherungen, so dass die monatlichen Vergütungen der Beschäftigten, die zu den T-Service-Gesellschaften wechseln, zunächst gleich bleiben. Außerdem wurden ein Kündigungsschutz bis zum Jahr 2012 sowie ein Ausgründungsverzicht bis Ende 2010 vereinbart und zahlreiche tarifvertragliche Regelungen der Deutschen Telekom übernommen. Für die (verbleibenden) Beschäftigten der Deutschen Telekom werden die Vergütungstarifverträge, die Ende Juli dieses Jahres ausgelaufen wären, bis Ende 2008 unverändert verlängert.

## Ausgewählte Lohn- und Gehaltsabschlüsse West und Ost für 2007

Abschluss	Tarifbereich	Ergebnis
30.01.2007	<b>Schrott- und Recyclingwirtschaft</b>	625 €Pauschale insg. für Februar - Mai <b>4,0 %</b> ab 01.06.07, Laufzeit bis 31.07.08
08.03.2007	<b>Chemische Industrie</b>	70 €Pauschale für den jew. 1. Monat <b>3,6 %</b> regional unterschiedlich ab 02/03/04/2007 für 13 Monate, zusätzliche Einmalzahlung von 0,7 % eines ME, multipliziert mit 13, zahlbar spätestens am 30.06.07
27.03.2007	<b>Textilindustrie Ost</b>	nach 2 Nullmonaten (April und Mai) <b>3,0 %</b> ab 01.06.07 <b>2,7 %</b> Stufenerhöhung ab 01.07.08, Laufzeit bis 31.03.09
03.04.2007	<b>Kfz-Gewerbe</b> Nordrhein-Westfalen	50 €Pauschale für März <b>2,5 %</b> ab 01.04.07, Laufzeit bis 29.02.08
23.04.2007	<b>Energie- und Versorgungswirtschaft Ost (AVEU)</b>	<b>3,1 %</b> ab 01.04.07, Laufzeit bis 30.04.08
04.05.2007	<b>Metallindustrie (Pilotabschluss)</b> Baden-Württemberg	400 €Pauschale insg. für April und Mai <b>4,1 %</b> ab 01.06.07 <b>1,7 %</b> Stufenerhöhung ab 01.06.08; zusätzliche Einmalzahlung von 0,7 % eines ME (unter Berücksichtigung des U-Geldes) für Juni - Oktober 2008, zahlbar im August 2008, Laufzeit bis 31.10.08
04.05.2007	<b>Süßwarenindustrie</b> Baden-Württemberg	<b>2,4 %</b> ab 01.07.07 <b>2,3 %</b> Stufenerhöhung ab 01.07.08, Laufzeit bis 30.06.09
14.05.2007	<b>Holz und Kunststoff verarbeitende Industrie</b> Westfalen-Lippe	300 €Pauschale insg. für Mai - Juli <b>3,6 %</b> ab 01.08.07 345 €zusätzliche Einmalzahlung insg. für Juni - August 2008 <b>2,5 %</b> Stufenerhöhung ab 01.09.08, Laufzeit bis 30.04.09
15./16.05.2007	<b>Papier erzeugende Industrie</b> alle West-Bereiche	nach 2 Nullmonaten (März und April) <b>3,2 %</b> ab 01.05.07 <b>2,0 %</b> Stufenerhöhung ab 01.05.08, 95 €zusätzliche Einmalzahlung im Juni 2007, Laufzeit bis 30.09.08
19.05.2007	<b>Bauhauptgewerbe</b>	Schlichtungsergebnis (am 04.07. auch von den Arbeitgeberverbänden Schleswig-Holstein und Niedersachsen akzeptiert): nach 2 Nullmonaten (April und Mai) <b>3,1 %</b> ab 01.06.07 <b>1,5 %</b> Stufenerhöhung ab 01.04.08 <b>1,6 %</b> Stufenerhöhung ab 01.09.08 zusätzlich 0,4/0,5 % eines ME ab 01.06.07/01.04.08 als mtl. Festbetrag, Laufzeit bis 31.03.09
24.05.2007	<b>Hotels und Gaststätten</b> Bayern	nach 2 Nullmonaten (April und Mai) <b>2,2 %</b> ab 01.06.07, Laufzeit bis 30.04.08
06.06.2007	<b>Druckindustrie</b>	nach 3 Nullmonaten (April - Juni) <b>3,0 %</b> ab 01.07.07 <b>2,1 %</b> Stufenerhöhung ab 01.07.08, Laufzeit bis 31.03.09
20.06.2007	<b>Groß- und Außenhandel</b> Bayern	nach 3 Nullmonaten (April - Juni) <b>2,4 %</b> + 15,50 €mtl. ab 01.07.07 <b>2,0 %</b> Stufenerhöhung + 7,50 €mtl. ab 01.06.08, Laufzeit bis 31.03.09
20.06.2007	<b>Deutsche Telekom AG</b>	im Rahmen des Tarifkompromisses für den Bereich T-Service: Unveränderte Verlängerung der Vergütungstarifverträge der Deutschen Telekom vom 01.08.2007 bis zum 31.12.2008

Quelle: WSI-Tarifarchiv Stand: Juni 2007

## 2. Ergebnisse im Überblick

Im ersten Halbjahr des Jahres 2007 schlossen die Gewerkschaften des DGB Einkommenstarifverträge für rund **6,2 Mio.** Beschäftigte ab, darunter rund 0,5 Mio. in den neuen Bundesländern. Das entspricht rund 33 % der von Tarifverträgen erfassten ArbeitnehmerInnen.

Die **durchschnittliche Abschlussrate** betrug für die Beschäftigten in Westdeutschland 5,0 %, für rund 0,5 Mio. Beschäftigte in Ostdeutschland 5,1 % (vgl. Tabelle 1 im Anhang). Diese Größe berücksichtigt nur die tabellenwirksamen Tarifanhebungen, d.h. sie schließt auch weitere Stufenanhebungen ein, die während der Laufzeit der Verträge wirksam werden, berücksichtigt jedoch nicht Pauschal- und zusätzliche Einmalzahlungen.

Berücksichtigt man lediglich die in 2007 in Kraft tretenden Tariferhöhungen, ergibt sich eine Erhöhung von 3,7 % (West: 3,7 %, Ost: 3,8 %). Differenziert man diese Größe nach Wirtschaftsbereichen, dann ergibt sich in diesem Jahr folgende Streuung: Am unteren Ende liegt der Bereich Gebietskörperschaften/Sozialversicherung mit 1,7 %, das Nahrungs- und Genussmittelgewerbe sowie der Bereich Private Dienstleistungen, Organisationen ohne Erwerbszweck mit je 2,5 %. An der Spitze stehen das Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe mit 3,5 % und das Investitionsgütergewerbe mit 4,0 %.

Aussagekräftiger in Relation zu anderen gesamtwirtschaftlichen Größen ist die **jahresbezogene** Steigerung der Tarifverdienste. Sie beträgt für dieses Jahr auf der Basis der vorliegenden Abschlüsse (Stichtag 30.6.2007) durchschnittlich 2,3 %. Darin sind auch jene Steigerungen für 2007 enthalten, die bereits im vergangenen Jahr oder früher vereinbart wurden.

### Tarifsteigerung 2007 <sup>1</sup>

Wirtschaftsbereich	West	Ost	Gesamt
Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft	1,8	1,6	1,7
Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	2,5	1,8	2,3
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	2,6	3,7	2,7
Investitionsgütergewerbe	3,4	3,8	3,5
Verbrauchsgütergewerbe	2,5	1,8	2,4
Nahrungs- und Genussmittelgewerbe	2,1	2,5	2,2
Baugewerbe	2,5	2,6	2,5
Handel	2,1	2,1	2,1
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	2,2	1,9	2,2
Kreditinstitute, Versicherungsgewerbe	1,8	1,8	1,8
Private Dienstleistungen, Org. o. Erwerbszweck	1,3	1,6	1,3
Gebietskörperschaften, Sozialversicherung	0,5	1,2	0,7
<b>Gesamte Wirtschaft</b>	<b>2,3</b>	<b>2,1</b>	<b>2,3</b>

<sup>1</sup> Jahresbezogene Erhöhung 2007 gegenüber 2006

Quelle: WSI-Tarifarchiv 2007 Stand: 30.6.2007

Diese Größe bringt - anders als die Abschlussrate - die Steigerung des durchschnittlichen tariflichen Monatsentgelts des laufenden Jahres gegenüber dem durchschnittlichen tariflichen Monatsentgelt des Vorjahres zum Ausdruck. Einbezogen werden bei dieser Größe auch die Pauschalzahlungen für verzögert in Kraft getretene Neuabschlüsse und zusätzliche Einmalzahlungen.

Die **kalenderjährliche Tarifsteigerung** liegt mit **2,3 %** in diesem Jahr voraussichtlich deutlich über dem Wert des Vorjahres (2006: 1,5 %). Zu berücksichtigen ist allerdings, dass große Tarifbereiche wie z.B. der Einzelhandel mit rund 2 Mio. Beschäftigten noch nicht enthalten sind. Zwischen den einzelnen Wirtschaftsbereichen ergeben sich deutliche Unterschiede (vgl. Tabelle 2 im Anhang). Angesichts einer Preissteigerungsrate von voraussichtlich unter 2,0 % wird mit dieser durchschnittlichen Tarifsteigerung erstmals wieder eine erkennbare tarifliche Reallohnsteigerung erreicht.

Die im Vergleich zu den tariflichen Abschlussraten für 2007 geringere kalenderjährliche Steigerung hängt mit zwei Faktoren zusammen. Zum einen treten die relativ hohen Abschlüsse des ersten Halbjahres in vielen Fällen erst im Laufe des Jahres in Kraft und wirken sich demzufolge nicht auf das gesamte Jahr aus, zum anderen sind auch die Tarifabkommen des vergangenen Jahres zu berücksichtigen, die für dieses Jahr niedrige Tarifsteigerungen vorsehen. Besonders ins Gewicht fällt - wie bereits im vorigen Jahr - der öffentliche Dienst, wo es infolge der Modernisierung der Tarifstrukturen (TVöD) nur Einmalzahlungen gibt. Die Spannweite zwischen den Wirtschaftsbereichen variiert in diesem Jahr ganz extrem. Am unteren Ende stehen die Dienstleistungsbereiche mit 0,7 % für den Bereich Gebietskörperschaften, Sozialversicherung gefolgt vom Bereich Private Dienstleistungen, Organisationen ohne Erwerbszweck mit 1,3 %. Durchschnittlich fallen die Bereiche im Nahrungs- und Genussmittelgewerbe und Verkehr und Nachrichtenübermittlung mit 2,2 % sowie Verbrauchsgütergewerbe mit 2,4 % aus. An der Spitze liegen die Kernbereiche der Industrie mit dem Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe mit 2,7 % und dem Investitionsgütergewerbe mit 3,5 % Tarifsteigerung.

Ein Blick auf das **Tarifniveau Ost/West**, d. h. das Verhältnis der tariflichen Grundvergütungen in den neuen im Vergleich zu den alten Ländern, ergibt am Beispiel ausgewählter Tarifbereiche folgendes Bild (vgl. Tabelle 3): Im Durchschnitt von rund 40 ausgewählten Tarifbereichen mit rund 1,8 Mio. Beschäftigten errechnet sich ein gegenüber Ende 2006 unverändertes Tarifniveau Ost/West von 95,1 %.

### **3. Ausgewählte Tarifrunden**

#### **3.1 Chemische Industrie**

Ein weiteres Mal gelang der IG BCE in diesem Jahr in ihrer Hauptbranche, der chemischen Industrie mit ihren rund 560.000 Beschäftigten, eine zügige Tarifrunde. Erstmals gab es aber während der Verhandlungen von Teilen der mittelständischen Chemiearbeitgeber erheblichen Widerstand, so dass sich die Gewerkschaft zu größeren betrieblichen Protestaktionen und Demonstrationen veranlasst sah. Es bleibt abzuwarten, ob dies

ein einmaliger Vorgang war oder ob damit ein Stück „Normalisierung“ in der chemischen Industrie eingekehrt ist, die die Verhandlungen in vielen anderen Branchen schon seit langem kennzeichnet.

### 3.1.1. Ausgangslage und Forderung

Die chemische Industrie hatte in diesem Tarifjahr die tarifpolitische Vorreiterrolle inne. Mit einigem zeitlichen Abstand zur traditionellen Leitbranche Metallindustrie gingen die Tarifparteien bereits im Januar in die Verhandlungen. Die öffentliche Aufmerksamkeit war entsprechend hoch. Bereits im vorangegangenen Abschluss vom Juni 2005 konnte sich die IG BCE positiv von der insgesamt niedrigen Lohnentwicklung abheben. Er beinhaltete eine Erhöhung der Tarifentgelte um 2,7 % über eine Laufzeit von 19 Monaten. Außerdem gab es eine zusätzliche Einmalzahlung in Höhe von 1,2 % pro Monat der Laufzeit. Eine Öffnungsklausel sah vor, dass Unternehmen in einer wirtschaftlich schwierigen Lage den Betrag senken, wegfällen lassen oder den Auszahlungszeitpunkt neu festlegen konnten. In den einzelnen Regionen lief das Abkommen zwischen Ende Dezember 2006 und Ende Februar 2007 aus.

#### Tabellenwirksame Tarifierhöhungen\* in der chemischen Industrie am Beispiel Nordrhein

- ab Monat/Jahr in % -

06/2000	06/2001	04/2002	05/2003	06/2004	06/2005
2,2	2,0	3,3	2,6	1,5	2,7

\* ohne Pauschal- und Einmalzahlungen

Quelle: WSI-Tarifarchiv

Mitte Oktober 2006 beschloss der Hauptvorstand der IG BCE seine **Forderungsempfehlung** für die Chemie-Tarifrunde 2007. Darin hieß es, der Schwerpunkt solle auf einer realen Einkommenserhöhung liegen. Des Weiteren forderte die Gewerkschaft eine Anschlussregelung für den Tarifvertrag zur Ausbildungsförderung. Ähnlich wie im Jahr 2005 verzichtete die Gewerkschaft auf eine präzise Quantifizierung der Entgeltforderung. Stattdessen hieß es lediglich, dass ein Tarifabschluss angestrebt werde, der die Produktivitätsentwicklung der Branche berücksichtige und neben dem Ausgleich der zu erwartenden Preissteigerungsrate eine reale Einkommenserhöhung sicherstelle. Maßgeblich für diese Forderung war die „stabile wirtschaftliche Konjunktur“, die sich „in einer gestiegenen Produktivität und einem erhöhten Umsatzvolumen ausdrückt“. „Die wirtschaftliche Lage in den Betrieben und einzelnen Sparten ist unterschiedlich, auch darauf werden wir eine Antwort finden.“ In der anschließenden Phase der Diskussion formulierten einzelne Gliederungen der Gewerkschaft auch bezifferte Forderungen. So forderte der Landesbezirk Baden-Württemberg konkret eine Tarifsteigerung in Höhe von 6,5 %. Das für Tarifpolitik zuständige Vorstandsmitglied Werner Bischoff konkretisierte die ökonomische Argumentation in Interviews dahingehend, dass die Produktivität in der Branche im Jahr 2006 um 4,7 % gestiegen und für 2007 eine weitere Steigerung um 3 % zu erwarten sei. Die IG BCE deutete in ihrer Empfehlung bereits an, dass sie wie bereits in früheren Abschlüssen zu einem je nach wirtschaftlicher Situation betrieblich differenzierbaren Abschluss bereit war.

Der Bundesarbeitgeberverband Chemie (BAVC) begrüßte, dass die Gewerkschaft keine bezifferte Forderung vorlegte, und warnte davor, zu hohe Erwartungen zu wecken. Es dürfe keinen Wettlauf zwischen den Gewerkschaften um die höchste Tarifzahl geben. Der BAVC stellte eine „angemessene Tarifierhöhung“ in Aussicht und betonte zugleich, wichtig sei eine Fortsetzung der Politik „realistischer Tarifierhöhungen, die die Wettbewerbsfähigkeit ... der Chemieproduktion am Standort Deutschland im Visier behält“ (Pressemitteilung vom 17.10.2006).

### 3.1.2. Verhandlungen und Ergebnis

Die chemische Industrie ist seit langem bekannt für relativ kurze und geräuschlose Verhandlungen. Der Verhandlungsrhythmus in der Branche hat sich in den vergangenen Jahren so eingespielt, dass nach einer Auftaktrunde in den regionalen Tarifgebieten bundesweit weiterverhandelt wird. So geschah es auch in diesem Jahr: Die **erste Runde** startete am 15.1. mit Verhandlungen für den Tarifbezirk Nordrhein und endete Anfang Februar mit Verhandlungen für die Bezirke Saarland und Berlin. Am 8.2. fand die erste bundesweite Verhandlung statt. IG BCE-Vorstand Bischoff machte im Vorfeld deutlich, dass nach zwei Verhandlungsrunden ein Ergebnis erzielt werden sollte. Der BAVC ließ verlauten, dass angesichts rückläufiger Wachstumsraten und Produktivitätszuwächse in der Branche auch die Tarifierhöhung niedriger als im Vorjahr ausfallen müsse. In den Verhandlungen selbst traten überraschend deutliche Meinungsverschiedenheiten zutage. Die Arbeitgeber legten deswegen kein beziffertes Angebot vor. Die IG BCE beklagte den „Realitätsverlust“ bei den Arbeitgebern, die sich in den Verhandlungen von Positionen einer möglichen Lösung wieder entfernt hätten. Nach Gewerkschaftsangaben stellten kleinere und mittlere Unternehmen den Flächentarifvertrag in Frage. Offensichtlich, so IG BCE-Vorsitzender Schmoldt, gebe es eine neue Generation von Verantwortlichen, die den Wert der Sozialpartnerschaft nicht verstanden hätten. Die Gewerkschaft kündigte an, ihre Mitglieder zu Protestaktionen zu mobilisieren. Die Wirtschaftspresse spekulierte bereits über eine „gefährdete Partnerschaft“ (Handelsblatt vom 12.2.2007). Vor der zweiten Verhandlungsrunde am 8.3. fanden an zahlreichen Orten **Protestveranstaltungen** mit mehreren zehntausend TeilnehmerInnen statt, die von den Arbeitgebern als „emotionalisierte“ Demonstrationen etikettiert wurden. Doch unmittelbar vor den Verhandlungen zeigten sich die Parteien nach intensiven Vorgesprächen wieder zuversichtlich. Bereits am Nachmittag des 8.3. konnten sie ein **Ergebnis** präsentieren:

#### *Entgelt*

- Zahlung einer Pauschale von 70 € (Auszubildende 20 €) jeweils für den 1. Monat der Laufzeit,
- Anhebung der Tarifentgelte um 3,6 % regional unterschiedlich ab 02/03/04/2007 für 13 Monate,
- Zusätzliche Einmalzahlung von 0,7 % eines Monatsentgelts multipliziert mit 13, unter Berücksichtigung u. a. der Jahresleistung und Schichtzulagen.

Dies entspricht für ArbeitnehmerInnen in Normalschicht 9,8 %, in teilkontinuierlicher Schichtarbeit 10,9 % und in vollkontinuierlicher Schichtarbeit mit Sonn- und Feiertagsarbeit 12,8 % eines Monatsentgelts. Auszubildende erhalten 10 % einer Ausbildungsvergütung.

Eine Öffnungsklausel sieht vor, dass Arbeitgeber und Betriebsrat einvernehmlich aus wirtschaftlichen Gründen Vereinbarungen über die Kürzung oder den Wegfall der Einmalzahlungen treffen können.

#### *Ausbildung*

- Verlängerung des Tarifvertrages „Zukunft durch Ausbildung“ bis ins Jahr 2010 u. a. mit folgenden Änderungen:
  - Verpflichtung zu einem Angebot von 16.800 Ausbildungsplätzen insgesamt für 2007 und 2008,
  - Festlegung der Ausbildungsplatzzahlen bis 2010 im Rahmen der künftigen Entgelttarifverhandlungen.

#### *Langzeitkonten*

- Die tariflichen Regelungen zu Langzeitkonten wurden dahingehend ergänzt, dass neben den bisherigen Möglichkeiten auch bis zu 10 % eines tariflichen Jahresentgelts eingebracht werden können.

#### *Einstellungstarife*

- Die seit langen Jahren bestehenden Regelungen über niedrigere Einstellungstarife bei Neueinstellungen und für Langzeitarbeitlose wurden unverändert wieder in Kraft gesetzt.

In der **Bewertung** des Abschlusses lagen die Tarifparteien nicht weit auseinander. Die IG BCE bezeichnete das Ergebnis als „anständigen Kompromiss“ und hob vor allem das gesamte Einkommensplus von 4,3 % hervor, dass der Branchenlage entspreche. Dabei seien die Belange der weniger gut verdienenden Unternehmen berücksichtigt worden. Arbeitgeberverband und Gewerkschaften seien ihrer „gesellschaftlichen Verantwortung“ gerecht geworden. Seitens des BAVC war von einem „an den wirtschaftlichen Realitäten des Jahres 2007 orientierten zukunftsfähigen Abschluss“ die Rede. Als positiv wurden die vorgeschaltete Pauschale, die 14-monatige Gesamtlaufzeit und die flexibilisierte Einmalzahlung bewertet. Die Struktur des Abschlusses entspreche auch den Empfehlungen des Sachverständigenrates.

Die Reaktion der anderen Arbeitgeberverbände, insbesondere von BDA und Gesamtmetall, fiel kritischer aus. In der Sorge, die IG Metall werde diesen Abschluss als Messlatte nehmen, die es zu übertreffen gelte, sprach BDA-Präsident Dieter Hundt von einer dauerhaften Belastung, die „auf andere Teile der Wirtschaft nicht übertragbar“ sei. Gesamtmetall-Präsident Kannegießer ergänzte, die Unternehmen der Metall- und Elektroindustrie wären mit der Höhe überfordert, er begrüßte aber die Zweiteilung des Abschlusses.

### **3.2 Metallindustrie**

Die IG Metall stellte in dieser Tarifrunde unter Beweis, dass sie – immer noch – in der Lage ist, in ihrer Kernbranche einen Tarifabschluss zu realisieren, der für ihre Mitglieder eine deutliche Reallohnsteigerung bedeutet und der die eine zentrale Zielsetzung der

Arbeitgeber, nämlich unterhalb des Abschlusses des Vorjahres zu bleiben, wirksam durchkreuzte. Dazu trug vor allem die hohe Mobilisierungsfähigkeit bei, wie sie in den umfangreichen Warnstreiks nach Auslaufen der Friedenspflicht zum Ausdruck kam. Allerdings bleibt die tarifpolitische „Falltür“ (Ehlscheid/Urban 2007) zu beachten: Den Metallarbeitgebern gelang durch den Einbau einer Öffnungsklausel ein weiterer kleiner Schritt auf dem Weg zur Variabilisierung der Tarifentgelte.

### 3.2.1. Ausgangslage und Forderung

Die Ausgangssituation war ungewohnt: Der Tarifabschluss vom April 2006 hatte – anders als in den Jahren zuvor – lediglich eine kurze Laufzeit von 13 Monaten, so dass bereits ein gutes halbes Jahr danach die Diskussionen um die neue Tarifrunde begannen.

#### Tabellenwirksame Tarifierhöhungen\* in der Metallindustrie

- ab Monat/Jahr in % -

05/2000	05/2001	06/2002	06/2003	03/2004	03/2005	06/2006
3,0	2,1	3,1	2,6	1,5	2,0	3,0

\* ohne Pauschal- und Einmalzahlungen

Quelle: WSI-Tarifarchiv

Der Tarifabschluss 2006 beinhaltete neben einer linearen Tarifierhöhung von 3,0 % ab Juni 2006 auch erstmals ein Element variabler Einkommenserhöhung: Für die Monate März bis Mai war eine Einmalzahlung von 310 € vereinbart worden, die betrieblich auf Basis einer freiwilligen Vereinbarung zeitlich verschoben, bis auf Null reduziert oder auch bis auf das Doppelte erhöht werden konnte. In der Praxis wurde davon nach einer Erhebung der IG Metall nur begrenzt Gebrauch gemacht. Mehr als 80 % der Betriebe zahlten die tariflich vereinbarten 310 € 11 % mehr und 7 % weniger.

Die Abkommen liefen Ende März 2007 aus und die Tarifverhandlungen begannen demzufolge erst einige Wochen später als in der chemischen Industrie. Dennoch bestimmte die Diskussion in dieser Branche im Vorfeld die öffentliche Auseinandersetzung um die gesamte Tarifrunde 2007. Schon im Spätherbst 2006 signalisierte die IG Metall, dass die Erwartungshaltung der Belegschaften hoch sei und die positive wirtschaftliche Lage eine höhere Tarifierhebung möglich und nötig mache. Die innergewerkschaftliche Diskussion um die mögliche Forderungshöhe für 2007 zeigte, dass sich die Vorstellungen überwiegend in einem Korridor zwischen 6 und 7 % bewegten. In einzelnen Unternehmen gingen die diskutierten Forderungen darüber hinaus. Bei DaimlerChrysler war von 8 %, bei Porsche von 9,5 % die Rede. In der Empfehlung des IG Metall-Vorstandes vom 6.2.2007 wurde die **Tarifforderung** dann mit 6,5 % beziffert, die am 26.2. auch zur offiziellen Tarifforderung wurde. Zusätzlich wollte die IG Metall mit den Arbeitgebern u.a. über Themen wie Altersteilzeit, Leiharbeit, eine Fachkräfteinitiative, Übernahme von Studiengebühren und Ausbildungsbedingten Kosten ins Gespräch kommen.

### 3.2.2. Verhandlungen und Ergebnis

Die Tarifverhandlungen auf regionaler Ebene begannen am 12.3. in Nordrhein-Westfalen, die anderen Bezirke folgten am 13., 14., 15., 16. und 19.3. Die Verhandlungen wurden in der ersten Runde bestimmt vom Austausch der wirtschaftlichen Begründung der jeweiligen Position. Die IG Metall stellte die hervorragende wirtschaftliche Lage der Metallindustrie in den Vordergrund (IG Metall 2007). Angesichts der hohen Umsatzzuwächse, weiter zunehmenden Bestellungen, der hohen Produktivität und der sehr positiven Ertragslage der Branche („die beste seit neun Jahren“) seien die geforderten Entgelterhöhungen gerechtfertigt. Metallwirtschaftlich sei mit einem Produktivitätsanstieg von 4,5 % und einer Steigerung der Verkaufspreise um 2 % zu rechnen. Aus gesamtwirtschaftlicher Sicht machte die Gewerkschaft für 2007 einen neutralen Verteilungsspielraum von 4,1 % geltend, der sich aus einem voraussichtlichen Produktivitätsanstieg von 1,8 % und einem Anstieg der Verbraucherpreise um 2,3 % zusammensetze.

Die Metallarbeitgeber argumentierten dagegen im Kern wie folgt: Die positive Entwicklung des Jahres 2006 werde sich in der Metallwirtschaft nicht in gleicher Weise fortsetzen, der neue Tarifabschluss müsse daher im Volumen deutlich unter dem vom Vorjahr liegen. Sie schlugen eine Aufspaltung des Abschlusses in einen fixen, tabellenwirksamen und einen variablen Teil vor. Letzterer sollte einmalig als „Konjunkturbonus“ gezahlt werden und nicht in die Vergütungstabellen eingehen. Auf diese Weise sollte der im vorigen Abschluss gelungene Einstieg in eine Variabilisierung der Lohnpolitik fortgesetzt werden. Darüber hinaus forderten sie eine variable Gestaltung der Jahressonderzahlung wie sie auch bereits in einigen anderen Branchen (Chemie, Banken) tariflich vereinbart wurde. Eine Orientierung am Abschluss der chemischen Industrie schlossen die Metallarbeitgeber aus.

Zu Beginn der zweiten Verhandlungsrunde am 27.3. in Baden-Württemberg präsentierten sie ein bundesweit abgestimmtes **Angebot**, das folgende Bestandteile enthielt:

- Anhebung der Tarifvergütungen um 2,5 % sowie
- eine monatliche Einmalzahlung als „Konjunkturbonus“ bei einer Laufzeit von 12 Monaten,
- variable Gestaltung des Weihnachtsgeldes über einen Zeitraum von 3 bis 5 Jahren in einer Bandbreite von +/- 15 % in Abhängigkeit von der wirtschaftlichen Lage eines Betriebes.

Die IG Metall lehnte das Angebot, das erwartungsgemäß auch in allen anderen regionalen Tarifbereichen unterbreitet wurde, rundweg ab. Die tabellenwirksame Anhebung schöpfe nicht einmal den verteilungsneutralen Spielraum aus und der „Konjunkturbonus“ sei eine Mogelpackung, da er am Ende der Laufzeit ersatzlos weg falle. Damit wollten die Arbeitgeber ein neues tarifpolitisches Instrument installieren, das einerseits jährlich neu verhandelt werden muss und andererseits die Beschäftigten dauerhaft von der wirtschaftlichen Entwicklung abkoppelt. Die Variabilisierung des Weihnachtsgeldes führe bei einer Ausschöpfung des Spielraums nach unten zu einer Absenkung des Jahresentgeltes um 1 %.

Die dritte Verhandlungsrunde, die in den wichtigen Bezirken Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg zeitgleich am 16.4. stattfand, brachte keine weitere Annäherung, im Mittelpunkt standen hier die Flexibilitätsforderungen der Arbeitgeber. Auch in der vierten Runde am 26.4. konnten in beiden Bezirken keine entscheidenden Fortschritte erzielt werden. Damit lief alles auf Warnstreiks hinaus, die unmittelbar nach Ende der Friedenspflicht am 29.4. einsetzten und in wenigen Tagen ein großes Ausmaß erreichten. Allein am 2. und 3.5. beteiligten sich nach Angaben der IG Metall rund 100.000 bzw. 290.000 Beschäftigte an Warnstreiks und spontanen Aktionen, am 4.5. waren es noch einmal rund 76.000. Die erneuten Verhandlungen in Baden-Württemberg begannen am 3.5. und führten nach einer langen Verhandlungsnacht am 4.5. zum **Ergebnis**. Dies beinhaltete folgende Elemente:

- 400 €Pauschale für die Monate April und Mai 2007, Auszubildende 125 €
- Tarifierhöhung um 4,1 % ab Juni 2007,
- Stufenerhöhung um weitere 1,7 % ab Juni 2008,
- Erhöhung der Ausbildungsvergütungen aufgrund der tariflich geregelten festen prozentualen Relation zum Monatsgrundlohn bzw. -grundentgelt,
- Einmalbetrag von jeweils 0,7 % eines Monatsentgeltes für die Monate Juni bis Oktober 2008 unter Berücksichtigung des Urlaubsgeldes (= 3,98 %), zahlbar im August 2008,
- Verschiebung der Stufenerhöhung und der zusätzlichen Einmalzahlung in Abhängigkeit von der wirtschaftlichen Lage des Betriebes um maximal 4 Monate durch freiwillige Betriebsvereinbarung möglich,
- Laufzeit des Tarifabschlusses: 19 Monate bis 31.10.08.

Die relativ hohe Pauschalzahlung von 400 € für die ersten beiden Monate entspricht bezogen auf die Durchschnittseinkommen einer Erhöhung von 6 %, bei 2.500 € Monatsverdienst 8 % und bei niedrigen Monateinkommen 10 %. Die 4,1 % für die darauf folgenden 12 Monate werden angesichts einer laufenden Preissteigerungsrate von rund 2 % zu einer deutlichen Realeinkommenssteigerung führen. Auch die zweite Stufe von 1,7 % geht dauerhaft in die Tabelle ein, sodass am Ende der Laufzeit die Tabellenvergütungen um insgesamt 5,87 % höher sein werden.

Struktur und Volumen des Abschlusses werden daher von der IG Metall insgesamt sehr positiv **bewertet**, weil damit der von Gesamtmetall angestrebte „doppelte Paradigmenwechsel“ abgewehrt worden sei. Allerdings ist unbezweifelbar, dass es den Metallarbeitgebern gelungen ist, ihren bereits im Abschluss 2006 erstmalig realisierten Ansatz, zumindest einzelne Bestandteile des Abschlusses variabel zu gestalten, auch dieses Mal wieder durchsetzen konnten. Dies bezieht sich auf die Verschiebbarkeit der Stufenerhöhung wie auch der zusätzlichen Einmalzahlung. Formal kann dies nur auf Basis einer freiwilligen Betriebsvereinbarung geschehen; tatsächlich wird – wie schon beim Abschluss 2006 – viel von der realen ökonomischen Lage der Betriebe und der Konfliktfähigkeit der Belegschaften abhängen, mit dem kleinen Unterschied, dass dieses Mal nur eine Abweichung nach unten vorgesehen ist.

Neben dem Lohn- und Gehaltsabschluss wurden **weitere Vereinbarungen** getroffen. Dazu zählt eine Absprache zur Weiterentwicklung der Tarifregelung zum flexiblen Übergang in die Rente. Auf zentraler Ebene sollen im Jahr 2008 Verhandlungen zwischen den Tarifparteien mit dem Ziel aufgenommen werden, möglichst bis Mitte des Jahres eine entsprechende Regelung zu vereinbaren. Dabei sollen zugleich die Anforderungen an den Gesetzgeber zur Schaffung rechtlicher Rahmenbedingungen formuliert werden. Hinzu kommen einige regionale Absprachen. In Nordrhein-Westfalen sollen Gespräche zur Förderung zusätzlicher Ausbildungsplätze aufgenommen werden; in Sachsen-Anhalt werden die Gespräche über eine Fachkräfteinitiative fortgeführt. In verschiedenen Tarifgebieten (Küste, Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen, Bayern, Berlin/Brandenburg, Thüringen, Sachsen) wurden Vereinbarungen zum Umgang mit der sog. ERA-Strukturkomponente von 2,79 % eines Monatsentgeltes in Betrieben, die den ERA-Tarifvertrag noch nicht eingeführt haben, getroffen. Für die kommende Lohntarifrunde im Herbst 2008 ist von Bedeutung, dass für die westdeutschen Tarifgebiete ein Wegfall der 4-wöchigen Friedenspflicht vereinbart wurde. Das bedeutet konkret, dass mögliche Warnstreikaktionen bereits Anfang November 2008 durchgeführt werden könnten.

Aus Sicht der IG Metall handelte es sich bei dem Abschluss um einen „ordentlichen Kompromiss“. Es sei gelungen „für ein reales Plus in den Portemonnaies unserer Mitglieder zu sorgen und sie am Aufschwung, den sie erarbeitet haben, dauerhaft und nicht nur einmalig zu beteiligen“, so IG Metall-Vorsitzender Peters (vgl. auch Ehlscheid/Urban 2007). Gesamtmetall-Präsident Kannegießer äußerte, dass der Abschluss insgesamt durch den Rückenwind der immer stärker werdenden Konjunktur beeinflusst sei. Die spürbare Entgelterhöhung sei eine „Vorleistung der Betriebe, die nun durch die Leistung der Mitarbeiter gedeckt werden muss“. Als wichtiges Ergebnis der Tarifverhandlungen bezeichnete er es, dass der Grundsatz der betrieblichen Differenzierung fortgeführt wurde.

### **3.3 Bauhauptgewerbe**

Zum zweiten Mal innerhalb von fünf Jahren sah sich die IG BAU zu einem regulären Streik in ihrer Hauptbranche, dem Bauhauptgewerbe, gezwungen. Nachdem zunächst ostdeutsche Arbeitgeberverbände ein erstes Tarifergebnis nicht akzeptierten, lehnten das niedersächsische und schleswig-holsteinische Baugewerbe das anschließend durch Schlichtung gefundene Ergebnis ab. Damit steht nicht nur der Tarifabschluss 2007, sondern im Grundsatz auch das gesamte Tarifgefüge im Bauhauptgewerbe einschließlich des tariflichen Mindestlohnes nach dem Entsendegesetz zur Disposition.

#### **3.3.1. Forderungen, Verhandlungen, erstes Ergebnis**

Die Tarifverhandlungen fanden in diesem Jahr erstmals vor einer deutlich verbesserten wirtschaftlichen Lage der Branche statt. Die harte Anpassungskrise in Ost- wie Westdeutschland, verschärft durch die Auswirkungen der restriktiven Ausgabenpolitik der Gebietskörperschaften, war zu Ende gegangen. Im Jahr 2006 waren die Bauinvestitio-

nen real bereits wieder um 3,6 % gestiegen, auch für 2007 wurde ein weiterer Anstieg erwartet. In der Folge entwickelte sich auch die Gewinnsituation der Unternehmen und - endlich - auch die Lage auf dem Bauarbeitsmarkt wieder positiv.

### Tabellenwirksame Tariferhöhungen\* im Bauhauptgewerbe West

- ab Monat/Jahr -

04/2000	04/2001	09/2002	04/2003	04/2006
2,0	1,6	3,2	2,4	1,0

\* ohne Pauschal- und Einmalzahlungen

Quelle: WSI-Tarifarchiv

Der letzte Tarifabschluss stammte vom Juni 2005 und hatte im Westen nach 17 und im Osten nach 24 Nullmonaten und Pauschalzahlungen im Westen für den Zeitraum von September 2005 bis März 2006 eine magere Tarifierhebung um 1,0 % von April 2006 bis März 2007 erbracht.

In der ersten und zweiten Verhandlungsrunde am 14.2. und 2.3. präsentierten die Arbeitgeberverbände Gegenforderungen von der Abschaffung besonderer Lohnregelungen in Hamburg und Berlin über die Ausweitung der Arbeitszeitflexibilisierung bis zu vielen weiteren Verschlechterungen in den Rahmentarifverträgen. In der dritten Runde der Tarifverhandlungen am 13.3. legten sie ein erstes Angebot vor. Im Rahmen eines Tarifabschlusses war nach Auffassung des Hauptverbandes der Deutschen Bauindustrie (HDB) nur eine Kostenbelastung von insgesamt 2 % denkbar. Diese Kostenbelastung müsse die Erhöhung des Beitrags zur Zusatzversorgungskasse, die möglichen Lohnerhöhungen sowie Einmalzahlungen enthalten. Die IG BAU lehnte das Angebot der Arbeitgeber als unzureichend ab.

Ein **erstes Ergebnis** erzielten die Tarifparteien in der vierten Verhandlungsrunde am 31.3. Nach über 16-stündigen Tarifverhandlungen einigten sich IG BAU und Arbeitgeber in Berlin auf eine Erhöhung der Löhne und Gehälter um insgesamt 3,5 %. Die Erhöhung setzte sich folgendermaßen zusammen:

- Erhöhung der Tariflöhne und -gehälter und Ausbildungsvergütungen um 3,1 % ab 1.5.2007,
- zusätzlich 0,4 % als monatlicher Festbetrag,
- Laufzeit bis zum 31.3.2008.

Parallel zur Lohnerhöhung einigten sich die Tarifvertragsparteien auf eine Erhöhung der Beiträge zur betrieblichen Altersvorsorge um 1,2 Prozentpunkte der Bruttolohnsumme. ArbeitnehmerInnen und Arbeitgeber tragen sie je zur Hälfte, die Bauarbeiter zahlen dies über eine Senkung des zusätzlichen Urlaubsgeldes auf 25 %. Diese Vereinbarung sollte ab 1.1. 2008 gelten.

### 3.3.2. Schlichtung und Streik

Anfang Mai kippten die ostdeutschen Arbeitgeber die Tarifeinigung mit der Begründung, die immer noch schwierige konjunkturelle Lage des Baugewerbes im Osten lasse derartige Einkommenssteigerungen nicht zu. Aufgrund von Beschlüssen innerhalb des Hauptverbandes der Deutschen Bauindustrie und des Zentralverbandes des Deutschen Baugewerbes war unumgänglich, dass diese daraufhin ebenfalls die Ablehnung erklären würden. Damit war der Weg in die Schlichtung vorgezeichnet. Sie wurde am 14.5. von der IG BAU angerufen und legte unter Vorsitz von Ex-Bundeswirtschaftsminister Wolfgang Clement (SPD) am 19.5. folgendes **Ergebnis** vor, das neben einer verzögerten Tarifierhebung in diesem Jahr eine deutlich verlängerte Laufzeit mit zwei Stufenerhöhungen in den Jahren 2008 und 2009 sowie die Einführung einer tariflichen Öffnungsklausel vorsah:

- Erhöhung der Tariflöhne und -gehälter um 3,1 % ab dem 1.6. statt wie im ersten Verhandlungsergebnis ab dem 1.5.2007,
- Stufenerhöhung um weitere 1,5 % ab dem 1.4.2008,
- Stufenerhöhung um weitere 1,6 % zum 1.9.2008,
- zusätzlich Zahlung von 0,4 bzw. 0,5 % eines Monatsentgeltes ab 1.6.2007 bzw. 1.4.2008 als monatlicher Festbetrag,
- Laufzeit bis zum 31.3.2009,
- Öffnungsklausel: Auf Basis einer Tarifvereinbarung kann vom Tariflohn im Tarifgebiet West um bis zu 8 % abgewichen werden,
- Anhebung der Mindestlöhne für das Tarifgebiet West auf 10,70 € bzw. 12,85 € mit Wirkung zum 1.9.2008,
- Neufestsetzung der Mindestlöhne für das Tarifgebiet Ost bis zum 31.3.2008.

Am 4.6. sorgten dann Arbeitgeber des Bauhandwerks in Niedersachsen und Schleswig-Holstein für ein Scheitern, indem sie das Schlichtungsergebnis ablehnten. Die Baukonjunktur im Norden, so ihre Argumentation, verkrafte die Höhe des Abschlusses nicht. Außerdem wollten sie die im Schlichtungsergebnis enthaltene Öffnungsklausel noch weiter an ihre Vorstellungen anpassen, so dass betriebliche Abweichungen ohne Einbeziehung der IG BAU möglich würden. Dies stieß auf heftige Kritik insbesondere des Hauptverbandes der Bauindustrie, da Vertreter dieser beiden Regionalverbände an der Aushandlung des Schlichtungsergebnisses selbst beteiligt waren.

Daraufhin begann die IG BAU mit Warnstreiks und führte eine **Urabstimmung** in den beiden betroffenen Tarifgebieten durch, in der sich 87,9 % der Mitglieder für Streikmaßnahmen aussprachen. Am 18.6. traten mehrere hundert Bauarbeiter auf rund 100 Baustellen in den **Streik**. In den folgenden Tagen weitete die Gewerkschaft den Arbeitskampf aus, Ende Juni befanden sich nach Gewerkschaftsangaben über 1.700 Bauarbeiter auf rund 250 Baustellen im Arbeitskampf. Nach Angaben der IG BAU arbeiten im Streikgebiet insgesamt rund 42.000 Beschäftigte am Bau, davon etwa 8.000 Alleinunternehmer. Von den ArbeitnehmerInnen im Bauhandwerk in Niedersachsen und Schleswig-Holstein seien 9.800 IG BAU-Mitglieder. Nach zwei Sondierungsgesprächen

einigten sich die Tarifparteien auf einen Kompromiss. Doch wird der Schlichtungsanspruch mit einer Änderung angenommen: beide Seiten werden umgehend beim Bundesarbeitsminister beantragen, den Mindestlohn West noch in diesem Jahr auf 13 Euro zu erhöhen. Damit soll verhindert werden, dass sich die Schere zwischen tarifgebundenen und nicht tarifgebundenen Unternehmen weiter öffnet. Es wurde außerdem ein Verfahren vereinbart, wie die Firmentarifklausel umgesetzt werden kann, die auf Wunsch der Nordverbände in den Schlichtungsanspruch aufgenommen wurde. Für die Annahme gilt eine Zustimmungsfrist bis zum 12. Juli 2007. Die Streiks werden fortgeführt, bis die Zustimmung der Baugewerbeverbände Niedersachsens und Schleswig-Holsteins vorliegt und die Urabstimmung abgeschlossen ist.

#### **4. Ausblick**

Die Tarifrunde 2007 ist in den großen Tarifbereichen - von zwei Ausnahmen abgesehen - abgeschlossen: Noch nicht beendet sind die Verhandlungen im Einzelhandel. Hier gestalten sich die Tarifverhandlungen auch deswegen besonders schwierig, weil die Arbeitgeber nach der Freigabe der Ladenöffnungszeiten vor allem die Spätarbeitszuschläge streichen wollen, während ver.di verlässliche Regelungen zur Arbeitszeitgestaltung, die Einführung eines Flexibilitätszuschlages sowie die Begrenzung von prekären Beschäftigungsverhältnissen fordert. Ende August läuft der Gehaltstarifvertrag im Versicherungsgewerbe aus, hier fordert ver.di eine Gehaltsanhebung von 6,5 % sowie Regelungen zur Qualifizierung, Beschäftigungssicherung und Verlängerung der Altersteilzeitbestimmungen. Ende des Jahres laufen die Tarifverträge im öffentlichen Dienst bei Bund und Gemeinden aus. Hier fordert ver.di eine „deutliche“ Einkommenserhöhung, wobei sich die Gewerkschaft an den Abschlüssen der privaten Wirtschaft orientieren will. Für den Bereich der Länder ist bereits mit dem Abschluss des Tarifvertrages der Länder (TVL) eine Anhebung der Tarife um 2,9 % zum 1.1. bzw. 1.5.2008 (West bzw. Ost) mit einer Laufzeit bis Ende 2008 vereinbart worden.

#### **Literatur:**

- Bispinck, Reinhard/WSI-Tarifarchiv (2007): Tarifpolitischer Jahresbericht 2006: Aufwärtstrend bei Tarifabschlüssen - Konflikte um Beschäftigungssicherung und Tarifstandards, in: WSI-Informationen zur Tarifpolitik, Düsseldorf, Januar 2007.
- Ehlscheid, Christoph/Urban, Hans-Jürgen (2007): Ein Schritt auf dem Weg aus der Defensive - Zur Tarifrunde 2007 in der Metall- und Elektroindustrie, in: WSI-Mitteilungen 7/2007.
- IG Metall (2007): Wirtschaftspolitische Informationen 1 vom 26.2.2007, Tarifrunde 2007 in der Metallindustrie: Sozialökonomische Rahmenbedingungen, Frankfurt/Main.
- IMK (2007): Der Aufschwung geht weiter, Frühjahrsprognose des IMK für 2007, IMK-Report 19, April.

# Anhang zum WSI-Halbjahresbericht 2007

## **Grafik:**

Erhöhung der Tarifverdienste 2007

## **Tabellen:**

### *Tabelle 1:*

Durchschnittliche Abschlussraten der Lohn-, Gehalts- und Entgelttarifverträge Deutschland aus der Tarifrunde 2007 (vorläufige Ergebnisse)

### *Tabelle 2 a:*

Durchschnittliche Erhöhung der Tarifverdienste Deutschland 2007

### *Tabelle 3:*

Tarifliche Grundvergütung in Ost und West zum 30.6.2007

## **Übersicht:**

Tarifabschlüsse in ausgewählten Tarifbereichen West und Ost im Jahr 2007

## Kalenderjährliche Erhöhung der Tarifverdienste 2007 gegenüber dem Vorjahr

<b>gesamte Wirtschaft</b>		<b>2,3</b>	<i>in Prozent</i>
Investitionsgüter	<b>Ost</b>		<b>3,8</b>
	<b>West</b>		<b>3,4</b>
	<b>gesamt</b>		<b>3,5</b>
Grundstoff- und Produktionsgüter			<b>3,7</b>
			<b>2,6</b>
			<b>2,7</b>
Baugewerbe			<b>2,6</b>
			<b>2,5</b>
			<b>2,5</b>
Verbrauchsgüter		<b>1,8</b>	
			<b>2,5</b>
			<b>2,4</b>
Energie- und Wasserversorgung, Bergbau		<b>1,8</b>	
			<b>2,5</b>
			<b>2,3</b>
Nahrungs- und Genussmittel			<b>2,5</b>
			<b>2,1</b>
			<b>2,2</b>
Verkehr und Nachrichtenübermittlung		<b>1,9</b>	
			<b>2,2</b>
			<b>2,2</b>
Handel			<b>2,1</b>
			<b>2,1</b>
			<b>2,1</b>
Kreditinstitute, Versicherungen		<b>1,8</b>	
		<b>1,8</b>	
		<b>1,8</b>	
Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft		<b>1,6</b>	
			<b>1,8</b>
			<b>1,7</b>
Private Dienstleistungen, Org. ohne Erwerbszweck		<b>1,6</b>	
			<b>1,3</b>
			<b>1,3</b>
Gebietskörperschaften, Sozialversicherung		<b>1,2</b>	
		<b>0,5</b>	
			<b>0,7</b>

Quelle: WSI-Tarifarchiv, Stand: 30.06.2007

WSI Hans Böckler  
Stiftung

## Durchschnittliche Abschlussraten<sup>1</sup> der Lohn-, Gehalts- und Entgelttarifverträge aus der Tarifrunde 2007 (vorläufige Ergebnisse)<sup>2</sup>

- AN in Tarifbereichen ab 1.000 (West) bzw. 500 (Ost) Beschäftigten (in 1.000)<sup>3</sup> -

Wirtschaftsbereich <sup>4</sup>		Lohntarifverträge		Gehaltstarifverträge		Entgelttarifverträge		alle Lohn-, Gehalts- und Entgelttarifverträge				
		begünstigte Arbeiter	Erhöhungsraten in % <sup>5</sup>	begünstigte Angestellte	Erhöhungsraten in % <sup>5</sup>	begünstigte Arbeitnehmer	Erhöhungsraten in % <sup>5</sup>	begünstigte Arbeitnehmer	Erhöhungsraten in % <sup>5</sup>	davon: 2007 in Kraft getr. Tariferhöhung <sup>5</sup>	davon begünstigte Arbeitnehmer	
Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft	G	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
	W	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
	O	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	G	-	-	-	-	41,6	3,1	41,6	3,1	3,1	41,6	
	W	-	-	-	-	16,0	3,1	16,0	3,1	3,1	16,0	
	O	-	-	-	-	25,6	3,1	25,6	3,1	3,1	25,6	
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	G	81,5	4,3	38,7	4,2	586,9	3,6	707,1	3,7	3,5	707,1	
	W	76,5	4,2	36,9	4,1	544,5	3,6	657,9	3,7	3,5	657,9	
	O	5,0	6,1	1,8	6,0	42,4	3,6	49,2	3,9	3,5	49,2	
Investitionsgütergewerbe	G	2.216,5	5,6	1.313,6	5,7	156,0	3,5	3.686,1	5,6	4,0	3.552,1	
	W	1.984,4	5,6	1.216,7	5,7	156,0	3,5	3.357,1	5,5	4,0	3.223,1	
	O	232,1	5,9	96,9	5,9	-	-	329,0	5,9	4,1	329,0	
Verbrauchsgütergewerbe	G	337,2	5,3	163,3	5,2	22,3	4,9	522,8	5,2	3,3	522,8	
	W	317,2	5,3	155,3	5,2	8,5	3,6	481,0	5,2	3,4	481,0	
	O	20,0	5,2	8,0	5,2	13,8	5,8	41,8	5,4	3,2	41,8	
Nahrungs- und Genussmittelgewerbe	G	41,2	3,0	33,8	3,0	54,6	3,4	129,6	3,2	2,5	129,6	
	W	37,1	3,1	32,1	3,0	48,8	3,5	118,0	3,2	2,5	118,0	
	O	4,1	2,5	1,7	2,5	5,8	3,0	11,6	2,8	2,5	11,6	
Baugewerbe	G	12,7	4,6	-	-	-	-	12,7	4,6	3,1	12,7	
	W	12,7	4,6	-	-	-	-	12,7	4,6	3,1	12,7	
	O	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
Handel	G	178,3	5,8	408,3	5,7	-	-	586,6	5,8	3,3	586,6	
	W	171,3	5,8	398,9	5,7	-	-	570,2	5,8	3,3	570,2	
	O	7,0	5,8	9,4	5,8	-	-	16,4	5,8	3,3	16,4	
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	G	127,1	4,2	59,3	4,0	116,9	1,2	303,3	3,0	3,0	223,3	
	W	127,1	4,2	59,3	4,0	86,8	1,4	273,2	3,3	2,9	219,9	
	O	-	-	-	-	30,1	0,6	30,1	0,6	3,5	3,4	
Kreditinstitute, Versicherungsgewerbe	G	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
	W	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
	O	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
Private Dienstleistungen, Organisationen ohne Erwerbszweck	G	39,2	3,7	30,4	3,4	106,8	3,5	176,4	3,5	2,5	176,4	
	W	39,2	3,7	29,8	3,3	73,8	2,7	142,8	3,1	2,3	142,8	
	O	-	-	0,6	4,4	33,0	5,2	33,6	5,2	3,4	33,6	
Gebietskörperschaften, Sozialversicherung	G	10,6	1,7	55,7	0,5	-	-	66,3	0,7	1,7	25,6	
	W	10,6	1,7	48,6	0,5	-	-	59,2	0,7	1,7	25,6	
	O	-	-	7,1	0,0	-	-	7,1	0,0	-	-	
Gesamte Wirtschaft	G	3.044,3	5,4	2.103,1	5,4	1.085,1	3,3	6.232,5	5,0	3,7	5.977,8	
	W	2.776,1	5,4	1.977,6	5,4	934,4	3,3	5.688,1	5,0	3,7	5.467,2	
	O	268,2	5,8	125,5	5,5	150,7	3,4	544,4	5,1	3,8	510,6	

G = Gesamtdeutschland, W = Westdeutschland, O = Ostdeutschland

- 1) Einschließlich Ost-West-Niveaueinstellungen sowie Stufenerhöhungen, d.h. Lohn-, Gehalts- bzw. Entgelterhöhungen, die nicht beim Inkrafttreten des Tarifvertrages, sondern als weitere Erhöhung während der Laufzeit der neu abgeschlossenen Tarifverträge wirksam werden (ohne Pauschalzahlungen, ohne zusätzliche Einmalzahlungen und leistungsorientierte Vergütungsbestandteile, soweit nichts anderes angegeben).
- 2) Rundungsdifferenzen bei den Durchschnittswerten möglich.
- 3) Da keine amtliche Beschäftigtenstatistik nach den Abgrenzungen der Tarifbereiche vorliegt, müssen die von den Geltungsbereichen der Tarifverträge erfassten ArbeitnehmerInnen aus zahlreichen Quellen schätzungsweise ermittelt werden; die Angaben umfassen i.d.R. auch die Auszubildenden und beziehen sich, soweit keine anderen Quellen vorhanden sind, auf sozialversicherungspflichtig beschäftigte ArbeitnehmerInnen.
- 4) Die Abgrenzung der Tarifbereiche entspricht nicht immer der Abgrenzung der Wirtschaftsbereiche in den vorliegenden amtlichen Statistiken; die Zuordnung erfolgt nach dem Schwergewicht der einzelnen Tarifbereiche.
- 5) Ohne rechnerischen Lohnausgleich für Wochenarbeitszeitverkürzungen bzw. -verlängerungen.

## Durchschnittliche Erhöhung der Tarifverdienste 2007<sup>1</sup> (Kalenderjährliche Erhöhung gegenüber dem Vorjahr - vorläufige Ergebnisse)<sup>2</sup>

- AN in Tarifbereichen ab 1.000 (West) bzw. 500 (Ost) Beschäftigten (in 1.000)<sup>3</sup> -

Wirtschaftsbereich <sup>4</sup>		Lohntarifverträge		Gehaltstarifverträge		Entgelttarifverträge		alle Lohn-, Gehalts- und Entgelttarifverträge	
		AN	%	AN	%	AN	%	AN	%
Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft	G	146,8	1,7	23,4	1,6	0,5	0,9	170,7	1,7
	W	71,3	1,8	6,5	1,8	-	-	77,8	1,8
	O	75,5	1,6	16,9	1,6	0,5	0,9	92,9	1,6
Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	G	48,5	0,7	14,4	0,8	125,7	3,1	188,6	2,3
	W	41,4	0,6	11,9	0,7	88,1	3,6	141,4	2,5
	O	7,1	1,4	2,5	1,5	37,6	1,9	47,2	1,8
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	G	212,5	3,6	84,1	3,5	608,6	2,2	905,2	2,7
	W	184,5	3,5	75,4	3,5	563,7	2,1	823,6	2,6
	O	28,0	4,2	8,7	4,0	44,9	3,3	81,6	3,7
Investitionsgütergewerbe <sup>5</sup>	G	2.275,8	3,6	1.349,9	3,6	321,3	1,7	3.947,0	3,5
	W	2.043,6	3,6	1.252,9	3,6	321,3	1,7	3.617,8	3,4
	O	232,2	3,8	97,0	3,8	-	-	329,2	3,8
Verbrauchsgütergewerbe	G	525,5	2,5	254,3	2,4	52,1	1,5	831,9	2,4
	W	497,6	2,5	243,9	2,4	27,3	1,6	768,8	2,5
	O	27,9	2,2	10,4	2,0	24,8	1,2	63,1	1,8
Nahrungs- und Genussmittelgewerbe	G	61,0	2,2	45,7	2,1	136,1	2,2	242,8	2,2
	W	51,9	2,0	41,3	2,0	119,5	2,2	212,7	2,1
	O	9,1	3,2	4,4	3,4	16,6	2,0	30,1	2,5
Baugewerbe	G	71,3	2,5	17,0	2,5	-	-	88,3	2,5
	W	56,4	2,5	13,5	2,5	-	-	69,9	2,5
	O	14,9	2,6	3,5	2,6	-	-	18,4	2,6
Handel	G	180,2	2,1	408,7	2,1	-	-	588,9	2,1
	W	173,2	2,1	399,3	2,1	-	-	572,5	2,1
	O	7,0	2,1	9,4	2,1	-	-	16,4	2,1
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	G	297,2	2,2	130,9	2,2	265,5	2,1	693,6	2,2
	W	294,1	2,2	128,9	2,2	193,8	2,1	616,8	2,2
	O	3,1	1,9	2,0	1,9	71,7	1,9	76,8	1,9
Kreditinstitute, Versicherungsgewerbe	G	-	-	-	-	264,0	1,8	264,0	1,8
	W	-	-	-	-	244,7	1,8	244,7	1,8
	O	-	-	-	-	19,3	1,8	19,3	1,8
Private Dienstleistungen, Organisationen ohne Erwerbszweck	G	432,3	0,5	133,7	1,5	461,4	2,1	1.027,4	1,3
	W	348,5	0,5	113,2	1,5	365,5	1,9	827,2	1,3
	O	83,8	0,4	20,5	1,2	95,9	2,8	200,2	1,6
Gebietskörperschaften, Sozialversicherung	G	10,7	2,1	64,0	1,0	2.337,6	0,7	2.412,3	0,7
	W	10,7	2,1	54,7	1,0	1.822,9	0,5	1.888,3	0,5
	O	-	-	9,3	0,7	514,7	1,2	524,0	1,2
Gesamte Wirtschaft	G	4.261,8	2,8	2.526,1	2,9	4.572,8	1,4	11.360,7	2,3
	W	3.773,2	2,9	2.341,5	2,9	3.746,8	1,3	9.861,5	2,3
	O	488,6	2,7	184,6	2,9	826,0	1,6	1.499,2	2,1

G = Gesamtdeutschland, W = Westdeutschland, O = Ostdeutschland

- 1) Durchschnittliches tarifliches Monatsentgelt (Grundvergütung) 2007 gegenüber durchschnittlichem tariflichem Monatsentgelt (Grundvergütung) 2006 unter Berücksichtigung zusätzlicher Pauschal- und Einmalzahlungen.
- 2) Rundungsdifferenzen bei den Durchschnittswerten möglich.
- 3) Da keine amtliche Beschäftigtenstatistik nach den Abgrenzungen der Tarifbereiche vorliegt, müssen die von den Geltungsbereichen der Tarifverträge erfassten ArbeitnehmerInnen aus zahlreichen Quellen schätzungsweise ermittelt werden; die Angaben umfassen i.d.R. auch die Auszubildenden und beziehen sich, soweit keine anderen Quellen vorhanden sind, auf sozialversicherungspflichtig beschäftigte ArbeitnehmerInnen.
- 4) Die Abgrenzung der Tarifbereiche entspricht nicht immer der Abgrenzung der Wirtschaftsbereiche in den vorliegenden amtlichen Statistiken; die Zuordnung erfolgt nach dem Schwergewicht der einzelnen Tarifbereiche.
- 5) Ohne Berücksichtigung der ERA-Strukturkomponenten aus den Abschlüssen 2002 und 2004 der Metall- und Elektroindustrie.

## Tarifliche Grundvergütung<sup>1</sup> und Tarifniveau in Ost und West - ausgewählte Tarifbereiche -

Tarifbereich Ost/ Vergleichsbereich West	Vergütungsart	Tarifliche Grundvergütung/Monat <sup>2</sup>		
		Ost	West	Ost/West in %
<b>Landwirtschaft</b> Mecklenburg-Vorpommern/Bayern	L	1.268	1.763	71,9
	G	1.217	1.663	73,2
<b>Energie- und Versorgungswirtschaft</b> Ost (AVEU)/ Energiewirtschaft NRW (GWE-Bereich)	E	2.491	2.472 <sup>3</sup>	100,8
<b>Eisen- und Stahlindustrie</b> Ost/NRW	L	1.753	1.753	100,0
	G	1.960	1.960	100,0
<b>Chemische Industrie</b> Ost/Berlin-West	E	2.234	2.600	85,9
<b>Mineralölverarbeitung SHELL Deutschland Oil GmbH</b>	E	3.184	3.184	100,0
<b>Metall- und Elektroindustrie</b> Sachsen/Bayern	L	1.997	1.997	100,0
	G	2.454	2.454	100,0
<b>Kfz-Gewerbe</b> Thüringen/Hessen	E	1.771	1.979	89,5
<b>Holz und Kunststoff verarbeitende Industrie</b> Sachsen/Bayern	E	1.769	L: 1.988 G: 2.384	89,0 74,2
<b>Papier verarbeitende Industrie</b> Sachsen-Anhalt, Thüringen, Sachsen/Hessen	L	1.974	1.984	99,5
	G	2.291	2.291	100,0
<b>Druckindustrie</b> Arb.: Ost/West Ang.: Sachsen, Thüringen, Sachsen-Anhalt/Hamburg, Schleswig-Holstein	L	2.291	2.291	100,0
	G	2.421	2.421	100,0
<b>Textilindustrie</b> Ost/Westfalen und Osnabrück	E	1.798	L: 1.813 G: 2.484	99,2 72,4
<b>Süßwarenindustrie</b> Ost/Baden-Württemberg	E	2.152	2.202	97,7 <sup>4</sup>
<b>Bauhauptgewerbe</b> Ost (o. Berlin-Ost)/ West (o. Berlin-West)	L	2.061	2.310	89,2
	G	1.670	1.871	89,3
<b>Großhandel</b> Sachsen-Anhalt/NRW	L	2.007	2.092	95,9
	G	1.874	2.043	91,7
<b>Einzelhandel</b> Brandenburg/Berlin-West	L	1.972	1.973	99,9
	G	1.977	1.977	100,0
<b>Deutsche Bahn AG Konzern</b> <sup>5</sup> Ost/West	E	1.737	1.737	100,0
<b>Deutsche Post AG</b>	E	2.130	2.130	100,0
<b>Deutsche Telekom AG</b>	E	2.580	2.580	100,0
<b>Privates Transport- und Verkehrsgewerbe</b> Thüringen (Spedition u. Güterverkehr)/Bayern	E	1.152	L: 1.772 G: 2.110	65,0 54,6
<b>Bankgewerbe</b> (ohne Genossenschaftsbanken) Ost/West	E	2.590	2.590	100,0
<b>Versicherungsgewerbe</b> (Innendienst) Ost/West	E	2.389	2.389	100,0
<b>Hotel- und Gaststättengewerbe</b> Sachsen/Bayern	E <sup>6</sup>	1.296	1.719	75,4
<b>Gebäudereinigerhandwerk</b> Arb.: Mecklenburg-Vorp., Thüringen, Sachsen/West Ang.: Berlin-Ost/Berlin-West	L	1.464	1.952	75,0
	G	2.141	2.141	100,0
<b>Öffentlicher Dienst</b> Ost/West Bund, Länder Gemeinden	E	2.021	2.185	92,5
	E	2.087	2.185	95,5

L = Lohn; G = Gehalt; E = Entgelt

- 1) Auf der Basis der tariflichen Tabellenvergütungen ohne Zulagen, Zuschläge und sonstige Zahlungen, soweit nichts anderes angegeben; Beträge ggfs. auf volle € gerundet.
- 2) Mittlere Gruppe (Endstufe) = unterste Gruppe für AN mit abgeschlossener, i.d.R. dreijähriger Ausbildung.
- 3) Neue Entg.-Struktur ab 01.07.06. Besitzstandsregelungen sind vereinbart.
- 4) Nominell 100 % der Durchschnittsentgelte aller regionalen Bereiche West.
- 5) Hier die Unternehmen DB Station & Service AG, DB Fernverkehr AG, DB Regio AG, Railion Deutschland AG, DB Netz AG.
- 6) Eingangsstufe.

# Übersicht über ausgewählte Tarifabschlüsse 2007

Die nachstehende Übersicht enthält neben den Abschlüssen aus der Tarifrunde 2007 auch Stufenerhöhungen und sonstige Zahlungen für 2007, die bereits in den Tarifrunden 2005/2006 vereinbart wurden.

## **Bankgewerbe** (ohne Genossenschaftsbanken), 264 000 AN (ver.di)

- *Entgelt:* 1,5 % Stufenerhöhung ab 01.12.07 aus Abschluss 2006, Laufzeit bis 30.06.08.

## **Chemische Industrie**, alle West-Bereiche, 512 200 AN (IG BCE)

- *Entgelt:* 70 € Pauschale für den jeweils 1. Mon., 3,6 % regional unterschiedlich ab 01.02., 01.03. und 01.04.07 für weitere 13 Mon., 0,7 % eines ME, multipliziert mit 13, als zusätzliche Einmalzahlung mit u.a. der Möglichkeit zur Kürzung oder zum Wegfall aus wirtschaftlichen Gründen, Laufzeit bis 29.02., 31.03. und 30.04.08.
- *Arbeitszeit, Langzeitkonten:* Möglichkeit zur Einbringung von bis zu 10 % eines tariflichen Jahresentgelts.
- *Sonstiges:* Verlängerung des TV „Zukunft durch Ausbildung“ bis 31.12.10, Angebot von insgesamt 16 800 Ausbildungsplätzen für 2007 und 2008, Festlegung der Ausbildungsplatzzahlen für 2009 und 2010 im Rahmen der Tarifverhandlungen.

## Ost, 36 400 AN (IG BCE)

- *Entgelt:* 70 € Pauschale für März, 3,6 % ab 01.04.07, 1,6 % Stufenerhöhung ab 01.10.07 als Angleichungsfaktor an das Tarifniveau Berlin-West aus Abschluss 2005, Laufzeit bis 30.04.08.

## **Deutsche Bahn AG Konzern** (hier die Unternehmen: DB Fernverkehr AG, DB Regio AG, Railion Deutschland AG, DB Netz AG, DB Station & Service), 134 000 AN (Transnet)

- *Entgelt:* 50 € Pauschale mtl. bis Juni 2007, 1,9 % zum 30.06.07 jew. aus Abschluss 2005, Laufzeit bis 30.06.07.  
600 € Pauschale insg. für Juli bis Dezember, 4,5 % ab 01.01.08, Laufzeit bis 31.01.09; Aussetzen der vereinbarten Erhöhung von 1,9 % aus Abschluss 2005, dafür 50 € mtl. Festbetrag jew. bis 31.12.07, max. bis zum Abschluss einer neuen Entg.-Struktur bzw. bis Laufzeitende des ETV.
- *Sonstiges:* Wiederinkraftsetzung des TV Mitarbeiterbeteiligung und des Beschäftigungssicherungs-TV mit Ergänzung um: TV zur Erweiterung des Schutzbereichs auf AN mit krankheitsbedingtem Arbeitsplatzverlust, TV zur Verbesserung der Rückkehr auf einen qualifikationsgerechten Arbeitsplatz für AN mit rationalisierungsbedingtem Arbeitsplatzverlust, Laufzeit jew. befristet bis 31.12.10.

## **Deutsche Post AG**, 130 000 AN (ver.di)

- *Entgelt:* 2,5 % Stufenerhöhung ab 01.11.07 aus Abschluss 2006, Laufzeit bis 30.04.08.

## **Deutsche Telekom AG**, 50 000 AN (ver.di)

- *Entgelt:* unveränderte Verlängerung bis 31.12.08.
- *Sonstiges:* unveränderte Verlängerung des Ausschlusses betriebsbedingter Beendigungskündigungen bis 31.12.09; konzernweite unbefristete Übernahme von mind. 4 000 Nachwuchskräften in den Jahren 2007 - 2009 (davon 1 000 in 2007).

### **Druckindustrie**, 179 200 Arb./Ang. (ver.di)

- *Lohn und Gehalt*: nach 3 Nullmonaten (April bis Juni) 3,0 % ab 01.07.07, 2,1 % Stufenerhöhung ab 01.07.08, Laufzeit bis 31.03.09.
- *Sonstiges*: Verlängerung des TV zur Altersteilzeit bis 31.12.09.

### **Eisen- und Stahlindustrie** Niedersachsen, Bremen, Nordrhein-Westfalen, 94 000 Arb./Ang. (IGM)

- *Lohn und Gehalt*: 3,8 % ab 01.01.07, 750 € zusätzliche Einmalzahlung jew. aus Abschluss 2006, Laufzeit bis 31.01.08.

### Ost, 16 400 Arb./Ang. (IGM)

- *Lohn und Gehalt*: Abschluss wie West.

### **Energiewirtschaft** Nordrhein-Westfalen (GWE-Bereich), 9 000 AN (IG BCE, ver.di)

- *Entgelt*: 3,1 % Stufenerhöhung ab 01.07.07 aus Abschluss 2006, Laufzeit bis 30.06.08.

### Ost (AVEU), 25 600 AN (IG BCE, ver.di)

- *Entgelt*: 3,1 % ab 01.04.07, Laufzeit bis 30.04.08.
- *Sonstiges*: Möglichkeit zur Befristung von Arbeitsverhältnissen auf bis zu 48 Mon.

### **Groß- und Außenhandel** Nordrhein-Westfalen, 292 400 Arb./Ang. (ver.di)

- *Lohn und Gehalt*: nach 3 Nullmonaten (Mai bis Juli) 2,4 % zzgl. 15,50 € für alle Gruppen (= 3,2/3,3 % Lohn/Gehalt im Durchschnitt) ab 01.08.07; 2,0 % Stufenerhöhung zzgl. 7,50 € für alle Gruppen (= 2,4 % im Durchschnitt) ab 01.07.08, Laufzeit bis 30.04.09.
- *Sonstiges*: Wiederinkraftsetzung des MTV zum 01.10.07, Laufzeit bis 30.09.10.  
*Erklärungsfrist bis 31.07.07.*

### Sachsen-Anhalt, 15 500 Arb./Ang. (ver.di)

- *Lohn und Gehalt*: nach 3 Nullmonaten (Mai bis Juli) 2,4 % zzgl. 15,50 € für alle Gruppen (= 3,3 % im Durchschnitt) ab 01.08.07; 2,0 % Stufenerhöhung zzgl. 7,50 € für alle Gruppen (= 2,4 % im Durchschnitt) ab 01.07.08, Laufzeit bis 30.04.09.

### **Hotel- und Gaststättengewerbe** Bayern, 115 200 AN (NGG)

- *Entgelt*: nach 2 Nullmonaten (April und Mai) 2,2 % ab 01.06.07, Laufzeit bis 30.04.08.

### Sachsen, 29 100 AN (NGG)

- *Entgelt*: 1,5 % Stufenerhöhung ab 01.07.07 aus Abschluss 2006, Laufzeit bis 30.06.08.

### **Holz und Kunststoff verarbeitende Industrie** Westfalen-Lippe, 49 500 Arb./Ang. (IGM)

- *Lohn und Gehalt*: 300 € Pauschale insg. für Mai bis Juli, 3,6 % ab 01.08.07, 345 € zusätzliche Einmalzahlung insg. für Juni bis August 2008, 2,5 % Stufenerhöhung ab 01.09.08; Möglichkeit zur Flexibilisierung der Pauschale und/oder Einmalzahlung durch BV (Bandbreite: 0 - 200 %), Laufzeit bis 30.04.09.

### **Kfz-Gewerbe** Nordrhein-Westfalen, 69 800 AN (IGM, ver.di)

- *Entgelt*: 50 € Pauschale für März, 2,5 % ab 01.04.07, Laufzeit bis 29.02.08.

## Tarifabschlüsse 2007

---

### **Landwirtschaft** Bayern, 13 100 Arb./Ang. (IG BAU)

- *Lohn und Gehalt:* 1,1 % Stufenerhöhung ab 01.07.07 aus Abschluss 2005, Laufzeit bis 31.12.07.

### Mecklenburg-Vorpommern, 16 800 Arb./Ang. (IG BAU)

- *Lohn und Gehalt:* 1,1 % Stufenerhöhung ab 01.07.07 (keine Erhöhung der LGr. I und II sowie GehGr. 1) aus Abschluss 2005, Laufzeit bis 31.12.07.

### **Metallindustrie**, 3 206 700 Arb./Ang./AN (IGM)

- *Lohn und Gehalt, Entgelt:* 400 € Pauschale insg. für April und Mai, 4,1 % ab 01.06.07, 1,7 % Stufenerhöhung ab 01.06.08, jew. 0,7 % eines ME als zusätzliche Einmalzahlung für Juni bis Oktober 2008 unter Berücksichtigung des U-Geldes (= 3,98 %), zahlbar im August 2008; Verschiebung der Stufenerhöhung und der Einmalzahlung in Abhängigkeit von der wirtschaftlichen Lage des Betriebes um max. 4 Mon. durch BV möglich, Laufzeit bis 31.10.08.
- *Beschäftigungssicherung:* *Baden-Württemberg, Bayern:* unveränderte Verlängerung des TV zur Beschäftigungssicherung; *Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen:* unveränderte Verlängerung des TV zur Wettbewerbsfähigkeit und Standortsicherung.
- *Sonstiges:* Beauftragung der jew. Spitzenorganisation zur Weiterentwicklung und zum Abschluss der Tarifgespräche über Tarifregelungen zum flexiblen Übergang in die Rente bis Juni 2008; *West:* Wegfall der 4-wöchigen Friedenspflicht für die Verhandlung über die Vergütungen in der Tarifrunde 2008; *Küste, Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen, Bayern, Berlin/Brandenburg, Thüringen, Sachsen:* Vereinbarung zum Umgang mit den ERA-Strukturkomponenten von insg. 2,79 % eines ME in Betrieben, die den ERA-TV noch nicht eingeführt haben; *Bayern, Sachsen:* Neufassung des Altersteilzeit-TV; *Bayern:* TV zur Schaffung von 1 000 zusätzlichen Ausbildungsplätzen in 2007.

### **Öffentlicher Dienst** Bund und Gemeinden, 1 263 100 AN (ver.di)

- *Entgelt:* Bund West und Ost, Gemeinden West: 300 € Pauschale aus Abschluss 2005, Laufzeit bis 31.12.07.  
Gemeinden Ost: Angleichung des Tarif-Niveaus von 95,5 auf 97 % ab 01.07.07 aus Abschluss 2005, Laufzeit bis 31.12.07.

### Länder (ohne Hessen und Berlin), 713 400 AN (ver.di)

- *Entgelt:* Pauschalzahlungen von 310/210/60 € im Januar 2007, 450/300/100 € im September 2007 für EntgGr. E 1-8/9-12/13-15, 2,9 % aufgerundet auf volle 5 € (= 3,0 % im Durchschnitt) ab 01.01./01.05.08 West/Ost aus Abschluss 2006, Laufzeit bis 31.12.08.

### **Papier, Pappe und Kunststoff verarbeitende Industrie**, 75 700 Arb./Ang. (ver.di)

- *Lohn und Gehalt:* 2,0 % Stufenerhöhung ab 01.04.07 aus Abschluss 2006, Laufzeit bis 31.03.08.

### **Privates Transport- und Verkehrsgewerbe** Nordrhein-Westfalen, 132 300 Arb./Ang. (ver.di)

- *Lohn und Gehalt:* 1,8 % Stufenerhöhung ab 01.08.07 aus Abschluss 2006, Laufzeit bis 30.04.08.

### **Steinkohlenbergbau**, alle West-Bereiche, 35 800 Arb./Ang. (IG BCE)

- *Lohn und Gehalt:* 1,5 % ab 01.01.07 aus Abschluss 2005, Laufzeit bis 31.12.07.

Quelle: WSI-Tarifarchiv 2007

### **Süßwarenindustrie** Baden-Württemberg, 4 200 AN (NGG)

- *Entgelt:* 2,4 % ab 01.07.07, 2,3 % Stufenerhöhung ab 01.07.08, Laufzeit bis 30.06.09.
- *Sonstiges:* Verlängerung des MTV für das Bundesgebiet West bis 31.01.10.

### **Textil- und Bekleidungsindustrie** West, 111 000 Arb./Ang. (IGM)

- *Lohn und Gehalt:* 2,0 % Stufenerhöhung ab 01.05.07 aus Abschluss 2006, Laufzeit bis 29.02.08.

### **Textilindustrie** Ost, 13 800 AN (IGM)

- *Entgelt:* nach 2 Nullmonaten (April und Mai), 3,0 % ab 01.06.07, 2,7 % Stufenerhöhung ab 01.07.08, Laufzeit bis 31.03.09.
- *Sonstiges:* Verlängerung des Altersteilzeit-TV bis 31.03.09.

### **Versicherungsgewerbe** (Innendienst), 184 800 AN (ver.di)

- *Entgelt:* 1,0 % Stufenerhöhung ab 01.04.07 aus Abschluss 2005, Laufzeit bis 31.08.07.

### **Zeitarbeit** (DGB-Tarifgemeinschaft)

*unter Voraussetzung der Erklärung der Allgemeinverbindlichkeit auf Basis des AN-Entsendegesetzes*

- *Mindestentgelt:* West ohne Berlin-West/Ost, Berlin-West:  
7,15/6,22 €/Std. ab 01.01.07, 7,31/6,36 €/Std. ab 01.01.08, jew. aus Abschluss 2006,  
Laufzeit bis 31.12.08.

# Bezahlung nach Erfolg und Gewinn



## WSI-Tarifhandbuch 2007

- Tarifchronik
- Tarifabschlüsse 2006/2007
- Aktuelle Tarifthemen in Stichworten
- **Schwerpunktthema: "Bezahlung nach Erfolg und Gewinn"**
- Tarifdaten zu 50 Wirtschaftszweigen
- Tarifliche Ausschlussfristen
- Aktuelle Tarif-Rechtsprechung
- Einführung in das Tarifsysteem
- Tarifvertragsgesetz
- Glossar mit über 150 Fachbegriffen

### Jetzt bestellen:

Bitte einsenden/faxen an:

WSI-Tarifarchiv  
in der Hans-Böckler-Stiftung  
Hans-Böckler-Str. 39

40476 Düsseldorf

**Fax-Nr.: 0211/77 78-250**

Hiermit bestelle ich:

... Ex. **WSI-Tarifhandbuch 2007**  
Frankfurt, Bund Verlag  
305 Seiten, 19,90 \* €  
zzgl. Versand

Name:.....

Anschrift:.....

.....

.....

Datum/Unterschrift: .....

\* ab 20/50/100/250 Exemplaren gibt es 10/15/20/25 %  
Rabatt